

Hochschulaktionstag und Warnstreik am Montag, 20. November 2023 „Studentisch Beschäftigte müssen in die Personalvertretungsgesetze der Länder aufgenommen werden!“

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhandeln seit dem 26. Oktober mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine Gehaltserhöhung für die Tarifbeschäftigten der Länder von 10,5 %, mindestens 500 €. Weiter fordert die GEW die Tarifierung der Arbeitsbedingungen der Studentischen Beschäftigten. Die GEW erwartet darüber hinaus, dass sich die Arbeitgeber endlich dazu bereit erklären, wirksame Maßnahmen vereinbaren, um befristete Beschäftigung – auch im Wissenschaftsbereich – einzudämmen. Diese müssen sowohl Regelungen zur Mindestbefristungsdauer und zu einer Befristungszulage umfassen, als auch den Verzicht auf sachgrundlose Befristungen. Die Benachteiligung von befristet Beschäftigten durch den Verfall von Stufenlaufzeiten bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages muss beseitigt werden!

Zur Durchsetzung dieser Forderungen ruft die GEW Hamburg für Montag, den 20. November ihre tarifbeschäftigten Mitglieder im Geltungsbereich des TV-L und TV Prakt-L sowie die bislang noch nicht tarifgebundenen Studentischen Beschäftigten (Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutor*innen) zum ganztägigen Warnstreik auf!

Zugleich ruft an diesem Tag ein bundesweites Bündnis aus Gewerkschaften, Initiativen, Studierendenvertretungen und hochschulpolitischen Organisationen in über 35 Städten zu einem bundesweiten **Hochschulaktionstag** auf.

In Hamburg werden an dem Tag folgende Aktionen stattfinden :

09:00 – 12:00: Kundgebung für alle Hamburger Hochschulen am Campus der Uni Hamburg mit Frühstück, Getränken und Livemusik

12:00 – 14:00: Demo zur Finanzbehörde am Gänsemarkt

„In dieser Tarifrunde sind viele Studentische Beschäftigte mit auf der Straße. Sie streiken gemeinsam mit den Landesbeschäftigten, sie streiken aber auch für einen eigenen Tarifvertrag! Sie sagen: Es ist an der Zeit, endlich auch die Arbeitsbedingungen der Studentischen Beschäftigten durch Tarifvertrag zu regeln. Denn bisher gilt für sie kein Tarifvertrag! Außer in Berlin, wo sie ihn vor Jahren bereits erkämpft haben. Und das, obwohl ohne diese Beschäftigtengruppe der Uni-Betrieb überhaupt nicht laufen würde. Deshalb haben sich schon vor der Tarifrunde 2021 viele Initiativen für einen ‚TV Stud‘ gegründet und ihre Forderung in die seinerzeitige Länder-Tarifrunde getragen. Herausgekommen ist damals nur eine Zusage der Arbeitgeber, sich gemeinsam überhaupt erst einmal einen Überblick über die Beschäftigungsbedingungen der Studentischen Beschäftigten zu verschaffen. Die Arbeitgeber selbst haben zu diesem Überblick wenig beigetragen. Aber die TV Stud-Initiativen haben geliefert! Sie haben eine fast 200 Seiten starke Studie vorgelegt. Sie haben viele weitere Aktive gewonnen. Sie haben sich zu tausenden an der Forderungsbefragung für diese Tarifrunde beteiligt. Jetzt wollen sie sich nicht weiter vertrösten lassen. Sie wollen einen Tarifvertrag!“, so **Bodo Haß**, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Hintergrund

In der Tarifrunde für den im öffentlichen Dienst der Länder fordern die Gewerkschaften kräftige Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten. Dabei geht es um die allgemeine Lohnerhöhung für rund 2,5 Millionen Beschäftigte bei den Bundesländern. Die dritte und voraussichtlich letzte Runde vom 7. und 8. Dezember statt.

Das fordern die Gewerkschaften:

- 10,5 Prozent mehr Gehalt – mindestens 500 €
- 200 € monatlich mehr für alle in Ausbildung
- Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud)

Alle weiteren Informationen zu den Aktionen, die bundesweit stattfinden, finden Sie hier:

<https://hochschulaktionstag.de/>.

Informationen zur bundesweiten TVStud-Bewegung finden Sie hier: <https://tvstud.de/>.

Rückfragen:

Bodo Haß, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg, 0170 – 7076933

Birgit Rettmer, Tarifexpertin der GEW Hamburg, 0151 - 16128471